

KÖLN BLEIB(T) SOZIAL!

**FÜR EINE SOLIDARISCHE
UND FRIEDLICHE ZUKUNFT!**



KÖLN BLEIB(T) SOZIAL, LEBENSWERT UND VIELFÄLTIG!

Nachdem viele von uns am 13. November in Düsseldorf gegen die Sparpolitik der Landesregierung demonstriert haben, wenden wir uns heute an die Verwaltung und den Rat der Stadt Köln. Mit dem aktuellen Entwurf für den Doppelhaushalt der Stadt Köln 2025/26 ist die soziale Infrastruktur unserer Stadt gefährdet, z.B. Bildung, Kultur, Flüchtlingshilfe und vieles mehr.

Am 6. Juni dieses Jahres nennt Alexander Vogel, Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Köln u.a. die folgenden Herausforderungen für den städtischen Haushalt: Auswirkungen des Angriffskriegs in der Ukraine und deutliche Steigerungen bei den Personalkosten. Wir meinen, dass die Lohnzuwächse richtig und notwendig sind, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten und Mieterhöhungen zumindest teilweise auszugleichen.

GELD FÜR LOHNSTEIGERUNGEN UND SOZIALE SICHERHEIT IST VORHANDEN

Die erhöhten Lebenshaltungskosten sind auch eine Folge der Reaktion unserer Bundesregierung auf den Angriffskrieg. Dazu gehören die Wirtschaftssanktionen, inklusive der Umstellung unserer Energieversorgung auf teures und umweltschädliches Frackinggas, sowie die verkündete Zeitenwende mit 100 Milliarden Euro Sonderschulden für die Aufrüstung der Bundeswehr. Haushaltsmittel können offensichtlich mobilisiert werden, wenn es politisch gewollt ist.

Am 14.06.2023 formuliert die Bundesregierung ihren Anspruch, militärische Führungsmacht in Europa zu werden, nachzulesen in der Nationalen Sicherheitsstrategie. Zur Nationalen Sicherheitsstrategie schreibt Ole Henckel am 04.07.2023 in der der Bundeswehr nahestehenden Zeitschrift Europäische Sicherheit & Technik: „An deren Ende steht entweder die Kürzung sozialer Leistungen oder das Scheitern der Zeitenwende für die Bundeswehr.“

DIE »ZEITENWENDE« IST EIN ANGRIFF AUF DEN SOZIALSTAAT

„Aus meiner Sicht als Gewerkschafterin ist die »Zeitenwende« ein Angriff auf den Sozialstaat, die Grundrechte, die Daseinsvorsorge. Mit dem Kriegskurs wird der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar sein. Alle Versprechen werden nicht mehr umsetzbar sein.“ so die Gewerkschaftssekretärin Ulrike Eifler, IGM Würzburg.

Wir erklären uns als Ortsgruppe Köln der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen mit den Beschäftigten in der freien Wohlfahrtspflege und den Menschen mit sozialen Problemlagen und Nöten, die auf Unterstützung angewiesen sind, solidarisch.

Es kann nicht sein, dass vom Land und Bund Kosten zu den Kommunen verschoben werden, wie von Oberbürgermeisterin Henriette Reker in der Ratssitzung am 14. November zu Recht kritisiert. Um dann mit den freigewordenen Geldern die Rüstungsindustrie zu subventionieren.